

**Auszüge der Tagesprotokolle des 18. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB vom 22. - 26.05.2006 in Berlin, die die Probleme der Erwerbslosen thematisiert haben (die rot gekennzeichneten Stellen sind von besonderer Relevanz!). Die vollständigen Protokolle sind unter:**

**<http://www.bundeskongress2006.dgb.de/>**

**abrufbar**

---

***Dienstag, 23. Mai 2006: Beiträge von 09.00 - 16.15 Uhr:***

**Annelie Buntenschach (neu gewähltes Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB und aller Wahrscheinlichkeit zukünftig für das Fachgebiet Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verantwortlich)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einige Daten zur Person: Ich leite die Abteilung Sozialpolitik beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, bin 51 Jahre alt, verheiratet, habe in Bielefeld Geschichte studiert, meine Ausbildung zur Lehrerin abgeschlossen und habe anschließend neun Jahre als Setzerin gearbeitet. Gewerkschaftsmitglied bin ich seit 1978, und zwar zuerst in der ÖTV, dann in der IG Medien und jetzt in der IG BAU. Bevor ich im Jahre 2002 zur IG BAU gekommen bin, war ich acht Jahre als Abgeordnete für die Grünen im Bundestag, und zwar im Ausschuss für Arbeitsmarkt- und Sozialordnung als arbeitspolitische Sprecherin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich anfing, mich politisch zu engagieren, war in Europa gerade Margaret Thatcher politische Mode. Sie hat ihre neoliberale Politik gegen massiven gewerkschaftlichen Widerstand durchgedrückt. Der Leitsatz dieser Dame "There is no alternative" - "Es gibt keine Alternative" hat mich damals tierisch geärgert, und er ärgert mich heute noch, besonders wenn ich ihn von Frau Merkel und Herrn Müntefering höre. (Beifall)

Die Große Koalition will jetzt das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anheben und das Rentenniveau noch weiter absenken. Und dazu soll es keine Alternative geben? - Es gibt sie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Verschlechterung bei der Rente begründet die Große Koalition damit, dass wir ja jetzt alle älter würden, und deshalb müssten wir auch länger arbeiten. Das ist nun wirklich eine Milchbubenrechnung. Wo sind denn die Arbeitsplätze? Und wie viele Arbeitnehmer werden denn schon mit 40 Jahren von den Personalchefs zum alten Eisen gezählt? Viele können gar nicht so lange arbeiten. Am Bau zum Beispiel schafft es nur jeder zehnte Kollege bis zur Regelaltersrente mit 65 Jahren. Deshalb frage ich mich, wie viele es dann wohl noch schaffen werden, sich bis 67 auf dem Gerüst zu halten.

Mit solchen Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden für Millionen die Weichen in die Altersarmut gestellt und die Grundlagen der Rentenversicherung zerstört. Das werden wir nicht zulassen. (Beifall)

Die Politik versucht sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei zu stehlen. Wer, wenn nicht wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, weiß, wie der Alltag in den Betrieben aussieht, wie es zuhause bei der arbeitslosen Kollegin und dem arbeitslosen Kollegen aussieht und wie zerstörerisch sich solche Gesetze auf die Menschen auswirken? Diesen Blick auf die Lebenswirklichkeit werden wir der Politik nicht ersparen, nicht in Berlin und nicht vor Ort in den Wahlkreisen. (Beifall)

Unsere Mitglieder können sich zusätzlich keinen Privatarzt leisten, auch nicht den Flug in die USA zum Spezialisten. Unsere Mitglieder sind darauf angewiesen, dass die kollektiven Sicherungssysteme einen tragfähigen und qualitativ guten Schutz bieten. Dafür haben Gewerkschaften seit ihrer Gründung gekämpft. Diese Errungenschaften werden wir verteidigen, und - das ist unsere Alternative - wir werden sie ausbauen. (Beifall)

Statt dieser ewig gleichen phantasielosen Kürzungspolitik der Regierung brauchen wir zukunftsfähige Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Alle gehören in die solidarische Sozialversicherung. Und wer mehr hat, darf auch stärker in die Pflicht genommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Solidarität funktioniert doch nur, wenn nicht nur die Menschen mit kleineren Einkommen im Boot sind, sondern auch alle anderen, die Ackermanns, die Gebrüder Albrecht, Bauer, Quandt, Schickedanz, um nur einige der Namen zu nennen. Das sind unsere Alternativen zur Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, die den Namen Reform auch verdienen.

Die Sozialversicherungen leiden an der immens hohen Arbeitslosigkeit. Sie zu bekämpfen - das wissen wir ja alle - hat absolute Priorität. Die Sozialversicherungen leiden darunter, dass immer weniger von denen, die arbeiten, überhaupt noch sozialversichert sind. Die Arbeitgeber sparen die Versicherungsbeiträge und ersetzen vernünftig abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse durch prekäre Beschäftigung, durch Minijobs, Praktikum, Scheinselbstständigkeit und andere Formen. Und die Politik lädt sie dazu ein - auf unser aller Kosten. Aber diese Zechen wollen wir nicht auch noch bezahlen.

Die veränderten Erwerbsbiographien müssen in den Schutz der sozialen Sicherung einbezogen werden. Dazu haben die Arbeitgeber ihren Beitrag zu leisten. Sie nennen sich doch sonst so gern Sozialpartner.

Wir brauchen einen tragfähigen Schutz vor Armut. Das heißt Mindestlöhne, die verhindern, dass die Menschen arm werden. Das heißt aber auch einen vernünftigen Schutz, eine vernünftige Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Die Hartz-Gesetze gehen in die falsche Richtung, und die Politik muss hier umsteuern. Aus alten Rechenfehlern des Ministeriums dürfen keine neuen Missbrauchsdebatten und Verschlimmbesserungen von Gesetzen konstruiert werden. Das ist die völlig falsche Richtung. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesagentur für Arbeit hat einen sozialpolitischen Auftrag; sie darf sich nicht nur an Effizienz- und Finanzgesichtspunkten orientieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Notsituation von Arbeitslosen missbraucht wird, um sie zu Niedriglöhnen und unter Tarif an die Arbeit zu zwingen, aus Solidarität mit den Betroffenen - das ist völlig klar -, aber auch, weil bei jeder Tarifrunde die irre hohe Arbeitslosigkeit mit am Tisch sitzt und unsere Verhandlungsposition schwächt.

Die Solidarität von Beschäftigten und Arbeitslosen ist elementar für die Gewerkschaftsbewegung und für den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Wer Mitte der Achtziger Jahre angefangen hat, in einem der großen Betriebe zu arbeiten, der konnte glauben, er habe eine Lebensstellung wie vielleicht Vater oder Großvater. Und heute sieht es völlig anders aus. In den meisten Branchen sind Lebensstellungen ausgestorben und die Betriebe so umorganisiert, dass der Betriebsrat an die Fremdbeschäftigten kaum herankommt, um die gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Wir müssen auf die Kolleginnen und Kollegen in den neu entstandenen Formen ungesicherter Beschäftigung zugehen; wir müssen sie bei uns in der Gewerkschaft organisieren - gleich, ob sie selbstständig sind, in Minijobs arbeiten, Leiharbeit verrichten oder als Wanderarbeiter auch nur begrenzte Zeit hier sind. Es gibt gute Initiativen der Einzelgewerkschaften, die wir bündeln müssen. Aber trotzdem ist es noch ein weiter und schwieriger Weg, den wir aber - dessen bin ich sicher - gemeinsam meistern können.

Handlungsfreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt für mich, dass Frauen und Männer auch im Betrieb ihre Interessen formulieren können. Der aufrechte Gang endet nicht am Werkstor. Das gilt übrigens für alle, unabhängig von Hautfarbe und Herkunft. Für Rassismus und Rechtsextremismus darf in dieser Gesellschaft kein Platz sein. (Beifall) Eine selbstbewusste Demokratie braucht selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und sie braucht starke Gewerkschaften.

Nicht Geiz ist geil; Demokratie ist geil. (Beifall) Lidl, Saturn und andere haben zwar zu einem gesellschaftlichen Klima beigetragen, in dem nur noch "billig" zählt. Nichts gegen preiswerte Produkte für den täglichen Bedarf, aber Demokratie, Gesundheit und Sozialstaat - das ist doch keine Ramschware nach dem Motto "Alles muss raus". Uns geht es um die Qualität der Produkte, und uns geht es um die Qualität der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Das ist Demokratie, und dafür engagieren wir uns. (Beifall)

Die politischen Weichenstellungen der letzten Jahre haben der privaten Versicherungswirtschaft große neue Märkte erschlossen: private Zusatzversicherungen bei der Altersvorsorge, bei der Gesundheit. Und von Europa aus wird der Druck auf die Öffnung der Märkte auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Bildung, Kultur und Gesundheit immer stärker. Aber es gibt Bereiche, die die Orientierung am Gewinn nicht vertragen, zum Beispiel all diejenigen, wo der Zugang für qualitativ gute Leistung nicht vom Geldbeutel abhängen darf.

Das gilt auch und gerade für den Zugang zur Bildung, unabhängig vom sozialen Status, vom Einkommen und vom Geschlecht. Gleichberechtigung war in meiner Familie immer schon wichtig, besonders die gute Ausbildung von Mädchen. Meine Großmutter hat ihre Lehre im Konsum 1909 begonnen. Meine Mutter hat auch im Konsum ihre Lehre abgeschlossen. Und ich gehöre zur dritten Generation von Frauen mit gutem Zugang zur Bildung, mit guten Bildungschancen. Gute Bildungschancen für alle Frauen und Mädchen zu eröffnen und zu verbessern, dafür stehe ich. (Beifall)

Bei meiner Arbeit im Vorstand der Berufsgenossenschaft Bau erfahre ich immer wieder, unter welchen Bedingungen und Risiken die Kolleginnen und Kollegen arbeiten müssen. Auf den Baustellen in Deutschland gibt es jedes Jahr mehr als 150 Unfalltote. Jeder hat nur ein Leben und eine Gesundheit. Und wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen gemeinsam dafür, dass niemand bei der Arbeit seine Gesundheit aufs Spiel setzen muss. Es gibt Dinge, die wichtiger sind als Gewinnsteigerungen. (Beifall)

Mit unseren Protesten gegen die Bolkestein-Richtlinie ist es uns zum ersten Mal gelungen, mit vielen Bündnispartnern gemeinsam uns öffentlich mit Nachdruck bemerkbar zu machen, bevor die Entscheidungen auf der europäischen Ebene festgezurrert waren. Das ist der Weg der Zukunft. Auch wenn wir mit der neuen Vorlage der EU-Kommission keineswegs zufrieden sein können: Hier müssen und werden wir dranbleiben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, weder die europäische Politik noch die Globalisierung besteht aus lauter Sachzwängen. Es gibt Alternativen. Wenn es möglich ist, Liberalisierung für die Wirtschaft zu beschließen, muss es doch auch möglich sein, internationale Sozialstandards durchzusetzen. (Beifall) Arbeitsplatzvernichtung und Produktionsverlagerung auch noch zu subventionieren, wie es hier bei uns geschieht, ist kein Sachzwang, das ist ein Skandal. (Beifall) Wir werden dem politischen Willen bei der Gestaltung der Globalisierung auf die Sprünge helfen. Wir helfen doch gern, wenn wir gebraucht werden. (Beifall)

Ich wünsche mir, dass wir als Deutscher Gewerkschaftsbund angesichts des dramatischen Abbaus der sozialen Sicherungen eine grundsätzliche Debatte anstoßen, eine Grundsatzdebatte über den Wert des Sozialen in der Gesellschaft. Die Arbeitgeberseite tummelt sich ja schon lange auf dem Feld, zum Beispiel über die Initiative Soziale Marktwirtschaft. Aber ich muss eher sagen: die so genannte Initiative Soziale Marktwirtschaft, weil das mit "sozial" ja nicht viel zu tun hat. Hier wird das Soziale schlechtgeredet. Aber der Sozialstaat ist keine riesige Geldverbrennungsmaschine; der Sozialstaat ist ein unverzichtbares Element der gesellschaftlichen Integration. (Beifall)

Gerade unter den Bedingungen einer Großen Koalition müssen wir uns als Gewerkschaften eigenständig Gehör verschaffen, Projekte entwickeln und Bündnispartner gewinnen - bei den neuen sozialen Bewegungen, bei den Kirchen, bei den Sozialverbänden, bei den Wohlfahrtsverbänden, in der Wissenschaft und in den Parteien. Allerdings: Wir werden uns von keiner Partei vorschreiben lassen, was wir zu tun und was wir zu denken haben. (Beifall)

Meine Alternative ist es, das gesellschaftliche Klima in unserem Sinn von mehr Solidarität zu verändern. Ich glaube, die Chancen dafür stehen inzwischen besser als noch in den letzten Jahren, weil der Lack von vielen der ach so schnittigen neoliberalen Lehrsätze inzwischen ab ist oder zumindest erhebliche Kratzer bekommen hat.

Seit zwanzig Jahren wird uns ja versprochen, Lohneinbußen und Entlastungen der Arbeitgeber würden neue Arbeitsplätze bringen, und seit zwanzig Jahren warten wir vergeblich auf diese neuen Arbeitsplätze. Die neoliberale Ideologie ist in der Realität angekommen und beim Praxistest mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Darin liegt eine Chance, die wir nutzen müssen. (Beifall)

Wir brauchen starke Gewerkschaften, damit das Soziale in der Gesellschaft nicht unter die Räder kommt, damit Demokratie auch im Betrieb nicht zur Mutprobe wird. In dieser reichen Gesellschaft sollen alle vor Armut geschützt sein. Aber wir wollen mehr. Wir wollen eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Reichtums und eine gerechte Verteilung der Lasten. Dafür kämpfen wir, und dazu will ich gern meinen Beitrag leisten. - Danke schön. (Beifall)

***Dienstag, 23. Mai 2006: Beiträge von 16.15 - 18.00 Uhr:***

**Berthold Huber (Sprecher der Antragsberatungskommission, 2. Vorsitzender der IG-Metall)**

Es geht um den Antrag S 006 und um den Abänderungsantrag 2. Mit dem Antrag sollen die Aufgaben der Erwerbslosenpolitik eindeutiger definiert werden.

Die Antragsberatungskommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte Folgendes feststellen:

Da keine konkrete Formulierung im Antrag S 006 vorliegt, kann über diesen Antrag schon rein satzungsrechtlich nicht abgestimmt werden. Wir sind der Auffassung, dass es wichtig ist, dass Erwerbslose im Deutschen Gewerkschaftsbund und in den Einzelgewerkschaften ihre Interessenvertretung finden. Wir weisen aber darauf hin, dass Erwerbslose jetzt schon umfangreiche Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort in ihrer Gewerkschaft haben. In der DGB-Satzung ist zudem die Arbeitsmarktpolitik als Aufgabe des DGB in Paragraph 2 Ziffer 3 b verankert.

So weit die inhaltliche Position der Antragsberatungskommission zum Antrag S 006.

Seit gestern gibt es einen Abänderungsantrag, nämlich Ä 2, zum Antrag S 006, der aus dem Nichtantrag einen ausformulierten Antrag machen will. Das geht nicht, da logischerweise ein Abänderungsantrag einen satzungsrechtlich gültigen Antrag voraussetzt. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission Nichtbefassung mit S 006 und damit auch mit Ä 2.

**Dieter Scholz (Vorsitzender des Kongresses, Vorsitzender des DGB-Bezirk Berlin/Brandenburg)**

Danke, Berthold. - Wir haben dazu eine Wortmeldung. Das Wort hat die Kollegin Susanne Stumpfenhusen, ver.di, Delegiertennummer 358.

**Susanne Stumpfenhusen (Leiterin des ver.di-Landesbezirk Berlin/Brandenburg)**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Berthold! Ich habe tierisch viel gelernt. Das ist alles richtig. Die Begründung der Antragsberatungskommission ist völlig korrekt. Unser DGB-Bezirk hat anscheinend ein bisschen geschlampt. Okay, das ist in Ordnung. Ich möchte aber trotzdem entgegen diesem Votum für eine kurze Befassung mit dem Anliegen der Antragstellerinnen und Antragsteller plädieren, und ich werde das auch kurz begründen.

Zwei Vorbemerkungen. Erstens. Es wurde auch schon erwähnt: Anträge zur Änderung der Satzung, hohe Hürde, sensibel und so weiter. Kein Dissens. Zweitens. In Zeiten knapper werdender Ressourcen verzichtet man in der Tat tunlichst auf Doppelstrukturen oder fragt noch einmal genau nach: Muss das sein?

Darum geht es hier aber nicht. Ich meine, in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit, in Zeiten, in denen sogar der Bundespräsident der Meinung ist, er müsse uns mahnen, der DGB solle sich mehr den prekär Beschäftigten, die ja immer zahlreicher werden, zuwenden, in diesen Zeiten ausschließlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Fokus der Arbeit und des Engagements zu stellen, finde ich ein bisschen zu wenig.

Nun haben ja schon einige gesagt, die Erwerbslosen seien doch schließlich auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Kolleginnen und Kollegen! Fragt die mal! Das sehen die wirklich etwas anders.

Wenn von diesem Kongress wirklich Signale der Erneuerung ausgehen sollen, dann ist es nur konsequent, wenn die Interessenvertretung künftig ausdrücklich auch diejenigen einbezieht, die gern wieder Arbeit hätten. Zumindest mit der Aussicht auf Erweiterung der Satzung um das Politikfeld Erwerbslosenpolitik und prekäre Beschäftigung gäbe es ein deutliches Signal, dass der DGB die Zeichen der Zeit erkannt hat.

In Zeiten, wo in Mailand schon 30.000, in Hamburg eine steigende Zahl und in Berlin in diesem Jahr erstmals Menschen, Erwerbslose und prekär Beschäftigte sich zum "Euro-Mayday" versammeln, um ihren Anspruch auf Interessenvertretung geltend zu machen, den sie, aus welchen Gründen auch immer, beim DGB offensichtlich noch nicht realisiert sehen, wäre das auch ein zukunftsweisendes Signal.

Auf unser Motto ist schon hingewiesen worden. - Ja, Ihr könnt da ruhig mal klatschen; das finde ich auch. (Leichter Beifall)

Ich denke, es ist auch unsere Aufgabe, deutlich zu machen, dass die Würde des Menschen unser Maßstab ist und dass das auch für diejenigen unter uns gilt, die ohne Arbeit oder in prekärer Beschäftigung um ihre Würde kämpfen. Ich bitte deshalb alle Delegierten, alle Mitgliedsgewerkschaften und natürlich den DGB um eine nachhaltige Befassung mit diesem Thema in den nächsten vier Jahren, und zwar mit dem Ziel, die Satzungsänderung dann, selbstverständlich mit einer korrekten Antragstellung, für die wir dann verantwortlich sind, vornehmen zu können.

Zwei Bundesvorstandsmitglieder haben sich heute in ihren Beiträgen schon sehr deutlich in diese Richtung ausgesprochen; das waren Ingrid und Annelie. Ich würde mich freuen, wenn seitens des Bundesvorstands hier noch einmal eine Erklärung käme. Dann wären wir auf dem richtigen Weg.

Ich wäre froh, wir wären schon ein Stück weiter. Aber irgendwo muss man ja mal anfangen, und ich denke, die Kolleginnen und Kollegen - wir haben gehört, jeder Dritte und jede Dritte ist inzwischen prekär beschäftigt - brauchen auch ein Signal des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier, dass ihre Anliegen ernst genommen und entsprechend vertreten werden.

Die Satzung ist nicht alles. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Ich denke, das sollten wir jetzt angehen, aber auch mit dem Ziel, die Satzung dann in diesem Sinne zu verändern. - Vielen Dank. (Beifall)

**Dieter Scholz (Vorsitzender des Kongresses, Vorsitzender des DGB-Bezirk Berlin/Brandenburg)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Wir werden im Bezirk nacharbeiten.** - Das war keine Gegenrede zur Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Ich bin gerade zu Recht darauf hingewiesen worden, dass man bei der Empfehlung Nichtbefassung eigentlich erst mal über die Nichtbefassung beschließt und sich dann überlegt, ob man noch dazu redet. Jetzt habe ich hier etwas einreißen lassen, was wir nicht fortsetzen werden.

Aber ich kann mich nicht entziehen, wenn der Vorsitzende noch mal das Wort ergreifen will. Deswegen noch mal Michael Sommer, und dann stimmen wir ab.

**Michael Sommer (Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich unterstütze ich die Empfehlung der Antragsberatungskommission. **Ich will allerdings politisch sagen, dass das Anliegen, das mit diesem Satzungsantrag verbunden ist, für uns ein bindendes Anliegen ist und bleibt. Wir werden darüber reden müssen, auch im neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand, wie wir das umsetzen.**

**Die Arbeit für und mit Erwerbslosen bleibt ein wichtiger Teil der DGB-Arbeit. Das wollte ich hiermit erklären. - Schönen Dank. (Beifall)**

**Dieter Scholz (Vorsitzender des Kongresses, Vorsitzender des DGB-Bezirk Berlin/Brandenburg)**

Danke, Michael. - Ich stelle den Antrag S 006 jetzt zur Abstimmung.

Ich frage den Kongress: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. **-bei einigen Gegenstimmen ist dem so gefolgt. Damit ist die Nichtbefassung beschlossen.**

***Donnerstag, 25. Mai 2006: Beiträge von 09.00 - 12.00 Uhr:***

**Michael Sommer (Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte!

Was haben Siemens, AEG, Conti, CNH, Telekom, die deutschen Banken, der öffentliche Dienst der Länder, die Baubranche oder die Versicherungen gemein? Dort ging und geht die Angst um: Angst vor Schließung, Angst vor Stellenabbau, Angst vor Lohnkürzung, Angst vor Arbeitslosigkeit.

Erinnern wir uns kurz an die Zeit nach der Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Damals wurde in wenigen Wochen allein die Zerstörung von weit über 100.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Die Wirtschaft hatte die Zeit des Wahlkampfes abgewartet, wohl um den erhofften neoliberalen Wahlsieg nicht zu gefährden.

Rufen wir uns auch ins Gedächtnis, dass Angst vor Arbeitslosigkeit schon immer eine Keule gegen die arbeitenden Menschen war. Nach Hartz IV aber ist diese Keule härter und schwerer geworden, droht doch nun nach einem Jahr Arbeitslosengeld I der Absturz in die Armut.

Natürlich fühlen sich viele Menschen machtlos, und dieses elende Gefühl wird noch dadurch verstärkt, dass sie von Grohe bis zur Deutschen Börse erleben müssen, wie internationale Finanzspekulantinnen versuchen, ihnen ihre Lebensgrundlage zu zerstören.

Dennoch: Die Menschen sind nicht mehr bereit, das widerspruchslos über sich ergehen zu lassen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Von LG Philipps in Aachen, Gate Gourmet in

Düsseldorf über die AEG in Nürnberg bis hin zu Orenstein & Koppel hier in Berlin-Spandau wehren sie sich - und das ist gut so, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Sie erwarten von ihren Gewerkschaften, dass sie, die Gewerkschaften, den Kampf anführen, dass sie Antworten finden auf die neuen Herausforderungen eines sich immer brutaler gebärdenden Kapitalismus.

Es ist übrigens auch nicht so, als ob nur wir in Deutschland betroffen wären. So segensreich ist das Wirken deutscher Konzerne und Investmentbanken im Ausland für die dort arbeitenden Menschen nun wirklich auch nicht immer. Auch das sollte man sagen. Ich habe viele Gespräche mit meinen Kollegen aus dem EGB und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften geführt, die mir durchaus erzählen konnten, dass auch deutsche Firmen im Ausland sich alles andere als sauber benehmen.

Und das wissen wir mittlerweile ganz genau: Der Kampf gegen das negative Wirken der internationalen Finanzinvestoren, der Hedgefonds und Rating-Agenturen wird nicht einfach. Und ich sage auch: Er kann nicht allein national geführt werden. Aber wir können ihn gewinnen. Das heißt zu allererst, dass wir nicht alles als gottgegeben hinnehmen. Dazu gehört, dass wir den Kampf auch moralisch aufnehmen. Deshalb ist und bleibt es richtig, die Würde der arbeitenden Menschen auch in der Arbeitswelt zu verteidigen und die Menschenwürde gegen die scheinbare Rationalität ökonomischer Macht zu setzen. (Beifall)

Und wir dürfen nicht nur über die "Heuschrecken" lamentieren, Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch etwas gegen sie tun.

Vor allem aber sollten wir auch einmal ein paar Verantwortlichkeiten benennen. Denn es ist ja nicht so, als ob es nicht klare politische Fehlentscheidungen gegeben hätte, die auch in unserem Land die "Heuschrecken" aufgepäppelt haben. Ich erinnere nur an die nach wie vor vorhandene Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne oder die Kapitalmarktgesetzgebung des Jahres 2003, in der die letzten Barrieren gegen Hedgefonds beseitigt wurden. Das war Politik in Deutschland, Kolleginnen und Kollegen, und nichts anderes. (Beifall)

Und ich füge warnend hinzu: Das, was jetzt im Bundesfinanzministerium in Sachen börsennotierter Immobilienfonds, genauer gesagt, der Real Estate Investment Trusts, kurz REITs, geplant wird, ist nichts anderes, als dass man versucht, nun auch noch die Lebensgrundlage Wohnung der Börse, also dem Treiben der internationalen Finanzspekulationen auszuliefern und nebenbei übrigens auch noch ein bisschen die Finanzierungsgrundlagen unseres Staates auszuhöhlen. (Beifall) Kolleginnen und Kollegen! Ich warne ausdrücklich davor, das Thema dieser börsennotierten Wohnungsfonds nicht ernst zu nehmen. Das wird ein ganz schweres Los für die Menschen, die dann an der Börse ihre Wohnungen gehandelt sehen. (Beifall) Wir sollten und wir müssen dieses zum Thema machen.

Kolleginnen und Kollegen! Dann sollen wohl auch noch unsere Wohnungen eine jährliche Kapitalrendite von 25 Prozent und mehr abwerfen. Welch ein Irrsinn! 25 Prozent Rendite kann man übrigens nur erreichen, wenn man erarbeitetes Vermögen zu seinen Gunsten umverteilt. Solche Renditen sind weder auf dem Wohnungsmarkt noch in der Industrie dadurch zu erwirtschaften, dass man besser oder härter arbeitet als die Konkurrenz. Mit dem eigentlichen Unternehmenszweck ist das alles nicht zu vereinbaren. Denn es geht ja meist nicht um marode Betriebe, in die investiert wird, um sie zu sanieren, sondern meistens geht es darum, florierende Firmen auszuweiden, sie mit millionenschweren Krediten zu belasten und die Rückzahlung des kreditfinanzierten Kaufpreises den Belegschaften aufzubürden. Grohe lässt grüßen, und Grohe ist kein Einzelfall.

Deshalb müssen wir dafür kämpfen, dass endlich wieder der Primat der Politik durchgesetzt wird.

Wir brauchen national und international eine Gesetzgebung, die das ungebremste und ungehemmte Treiben der internationalen Finanzmärkte reguliert und wenigstens einige Spielregeln wieder einführt, die man in den meisten zivilisierten Staaten dieser Erde kennt. Selbst in den von uns nicht immer als Vorbild angesehenen USA genießt das Kapital bei weitem nicht solche Freiheiten wie hier in Deutschland und in Europa, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb schlage ich der deutschen Bundesregierung und den europäischen Institutionen vor, endlich konkret politisch zu handeln.

Erstens. Wir brauchen eine Börsenumsatzsteuer, wie sie zum Beispiel in London, dem größten Finanzplatz in Europa, obligatorisch ist. Nicht nur, dass sie dem Staat dringend benötigte zusätzliche Einnahmen bringen könnte - das sind derzeit 26 bis 27 Milliarden Euro, um nur einmal die Größenordnung zu nennen; das ist das, was in London möglich ist. Diese Börsenumsatzsteuer hätte auch eine steuernde Wirkung: Sie würde kurzfristige Kapitalbewegungen verteuern und zu einem langfristigen strategischen Engagement mit realistischen Renditevorstellungen ermutigen.

Zweitens. Ich fordere die Beschränkung der Stimmrechte von Aktionären, die sich nur kurzfristig in Unternehmen einkaufen, um sie auszuweiden. (Beifall) Es wäre durchaus denkbar, Stimmrechte an gewisse Haltezeiten zu binden.

Drittens. Auch sollte klarer sein, wer Aktien kauft, besitzt und was er oder sie dann damit macht. Unser System leidet unter mangelnder Transparenz und fehlenden Kontrollmöglichkeiten, Kolleginnen und Kollegen. (Leichter Beifall)

Viertens. Die so genannten Aktien-Options-Programme für Manager haben sich nicht als sinnvoll erwiesen. Sie haben nicht zur Stärkung des Verantwortungsbewusstseins der Manager für ihre Unternehmen und deren langfristiges Wohlergehen beigetragen. Da ja bekanntlich perverserweise die Aktienkurse steigen, wenn die Zahl der Arbeitsplätze sinkt, sind diese Bezahlungsinstrumente für Manager für mich mehr als fragwürdig, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Fünftens. Es sollte verboten sein, den Kaufpreis als Schulden auf das übernommene Unternehmen zu übertragen; denn dabei geht es um nichts anderes, als Belegschaften auszubluten und Eigenkapital zu zerstören.

Sechstens. Die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne muss weg, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Siebtens. Wir brauchen eine verstärkte Wettbewerbs- und Fusionskontrolle in Europa.

Achtens. Wir brauchen eine europäische Rating-Agentur, die den Wert unserer Unternehmen nicht allein nach den Shareholder-Value-Vorstellungen anglo-amerikanischer Hedgefonds beurteilt. Es ist doch ein Graus, wenn die Existenz von Pensionssicherungsvereinbarungen dazu führt, dass die Kreditwürdigkeit deutscher Großkonzerne dramatisch sinkt und sich die Finanzierung der Investitionen dramatisch verteuert. Und das ist heute der Fall. Wir haben Großunternehmen, Konzerne, die an den Börsen behandelt werden, als ob sie wirklich das Letzte auf dieser Welt sind, so genannte Junk Bonds, sodass man diese Firmen dann auch noch zusätzlich belastet, nur weil sie sich sozial verantwortlich zeigen, Kolleginnen und Kol-

legen. (Beifall) Auch damit muss Schluss sein. Deswegen brauchen wir eine europäische Rating-Agentur. (Beifall)

Neuntens. Wir brauchen insgesamt eine Stärkung der Regulierungsmöglichkeiten internationaler Institutionen, bei der auch der Wert der menschlichen Arbeit Ausgangspunkt und Maßstab ist.

Die Internationale Arbeitsorganisation, die Weltbank, die Welthandelsorganisation und der Internationale Währungsfonds müssen endlich politisch an die Kette gelegt werden und zu Institutionen einer sozialen Regulierung der Weltwirtschaft ausgebaut werden, Kolleginnen und Kollegen. Und das ist keine Forderung aus dem Wolkenkuckucksheim.

Unsere Entwicklungshilfeministerin kämpft in ihrer Eigenschaft als Gouverneurin der Weltbank schon seit langem dafür, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Weltbank zu einem politischen Instrument der Regulierung der internationalen Finanzmärkte machen. Jedoch - sie steht allein. Und ich will das erläutern:

Die 15 EU-Staaten, die vor der Erweiterung existierten, haben an der Weltbank zusammen Anteile von 22 Prozent, die USA haben Anteile von 21 Prozent. Man könnte also durchaus etwas machen, wenn man will. Aber die europäischen Staaten in dieser Europäischen Union weigern sich, ihre Shares zusammenzulegen und damit für eine andere Politik der Weltbank zu sorgen. Das ist die Wahrheit, Kolleginnen und Kollegen. Damit muss Schluss sein. Auch da ist die deutsche Bundesregierung gefordert. (Beifall)

Das gilt übrigens auch in puncto weltweiter Durchsetzung der Kernarbeitsnormen. Ich sage mit großem Bedauern: In vielen Fällen sind wir über das Stadium der Ankündigung nicht hinaus gekommen.

Sicherlich sind diese neun Punkte ein anspruchsvolles Programm. Wahrscheinlich ist es noch nicht einmal vollständig. Doch im ersten Halbjahr 2007 hat die Bundesrepublik Deutschland sowohl die Präsidentschaft in der Europäischen Union als auch bei den G8-Verhandlungen. Da kann die Bundeskanzlerin ja mal wirklich zeigen, was sie international drauf hat. Da ist sie gefordert, damit wir endlich zu einer sozialen Regulierung der Weltwirtschaft kommen. (Beifall)

Ich erwarte jedenfalls, dass sich die Regierungschefin des Landes, das nun zum wiederholten Male Exportweltmeister und damit ein Schwergewicht auf den internationalen Finanzmärkten ist, dieses Themas intensiv annimmt.

Kolleginnen und Kollegen! Die Würde des Menschen ist unser Maßstab. Das gilt nicht nur am 1. Mai. Wir jedenfalls nehmen die Normen unseres Grundgesetzes ernst. Für uns sind diese Normen und Werte unserer Verfassung unveräußerlich.

Deshalb sind wir aufgerufen - ja, ich benutze diesen Begriff bewusst -, die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen diejenigen zu verteidigen, die sich um die Werte unserer Verfassung einen Dreck scheren, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wenn heute zum Beispiel ein Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht nur permanent drastische Verschlechterungen des sozialen Sicherungssystems fordert - heute Morgen übrigens schon wieder -, sondern auch noch den Armutslöhnen das Wort redet, dann zeugt das davon, dass es viel Diskussionsbedarf gibt um die Ausprägung dessen, was unsere Verfassung unter Menschenwürde versteht.

Solange es in diesem Land einflussreiche Wirtschaftsführer und Politiker gibt, die sowohl der Arbeitsarmut als auch der Altersarmut das Wort reden, so lange kann niemand behaupten, die Würde des Menschen in Deutschland sei unantastbar. Ich wiederhole bewusst: Solange es Leute gibt, die der Armut das Wort reden, ist die Menschenwürde in Deutschland bedroht, Kolleginnen und Kollegen. Und wir werden sie verteidigen müssen. (Beifall)

Wie sieht es eigentlich mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums aus? Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen, heißt es im Grundgesetz wörtlich.

Daran gemessen widerspricht eine Unternehmenspolitik der Standortverlagerungen, der Kapital- und Steuerflucht, der Mitnahmentalität bei Subventionen und der Forderungswut nach Staatsknete dieser Norm unseres Grundgesetzes.

Aus Ludwig Erhards "Wohlstand für alle" ist Reichtum für wenige und Armut für viele geworden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Politik hat dies begünstigt. Verantwortlich aber sind die, die die ökonomische Macht besitzen. Es ist traurig, aber wahr: Je moderner und neuer die Soziale Marktwirtschaft wird, desto weniger soll sie sozial sein.

Es ist Sache der Politik, die Unternehmen wieder in die Pflicht zu nehmen für Arbeit und Ausbildung, statt sich zum Handlanger unsozialen Handelns machen zu lassen, Kolleginnen und Kollegen.

Es ist ja mit Reden und Selbstverpflichtungserklärungen nicht getan. Es ist schon ein Ding, auf der einen Seite das Scheitern des Ausbildungspaktes einzugestehen und gleichzeitig politische oder gesetzliche Maßnahmen auszuschließen. Das ist weder christlich noch sozialdemokratisch, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich höre sehr wohl, dass die Bundeskanzlerin und der Vizekanzler sehr ernsthaft einer sozialen Marktwirtschaft das Wort reden. Das hat ja Angela Merkel gestern auch hier getan. Allein: Mit Festreden - wo auch immer - ist es nicht getan. Gerade von der Großen Koalition erwarten wir, dass sie vieles unternimmt, um das Soziale an der Marktwirtschaft wieder zu stärken. Das geht nicht mit Sonntagsreden, sondern nur konkret.

Zum Beispiel muss die Privilegierung von Minijobs aufhören und so ein Beitrag zur Stabilisierung sozialversicherter Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, Kolleginnen und Kollegen! Mit Sozialer Marktwirtschaft hat es übrigens wenig zu tun, wenn man die Arbeitnehmer wie beim Kündigungsschutz immer rechtloser machen will und gleichzeitig vor Unternehmenssteuer-Dumping in Europa kapituliert.

Kolleginnen und Kollegen! In Frankreich haben die Menschen gegen eine Kündigungsschutzregelung erfolgreich gekämpft, wie sie auch hier in Deutschland eingeführt werden soll. Ich weiß: Deutschland ist nicht Frankreich. Aber ich weiß auch: Was in Frankreich Unrecht ist, ist auch in Deutschland Unrecht, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Und der eine oder andere weiß ja, dass ich mich auch besonders familienpolitisch engagiere. Aber es kann doch nicht sein, dass wir auf der einen Seite richtigerweise Elterngeld einführen und auf der anderen Seite jungen Familien die Chance rauben, eine Familie gründen zu können oder auch sich alleine für ein Kind zu entscheiden. Denn wie soll man mit einem Arbeitsvertrag, der zwei Jahre lang unsicher ist, zur Bank gehen und sich einen Kleinkredit besorgen, zum Beispiel für die Ein-

richtung des Kinderzimmers? Kolleginnen und Kollegen, das ist eine in sich widersprüchliche Politik. Der Kündigungsschutz darf nicht verändert werden! (Starker Beifall - Pfiffe)

Ich kann die Bundesregierung nur warnen, den Weg weiter zu verfolgen, die Unternehmen zu privilegieren und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu reduzieren.

Vor anderthalb Wochen habe ich den Arbeitsminister Helmut Kohls gehört, wie er eine Politik geißelte, die sich letztendlich auf die drei Punkte Lohnsenkung, Deregulierung und Privatisierung reduziert. Nun will ich mal außer Acht lassen, was Norbert Blüm in seiner aktiven Regierungszeit von 16 Jahren dagegen getan hat. Aber dennoch hat er heute Recht. Anders sind doch die Pläne der Regierung zur Rentenkürzung, zum Abbau des Kündigungsschutzes, zur Unternehmenssteuerreform und zur Haushaltssanierung nicht zusammenzufassen. Ich wünsche mir jedenfalls mehr Mut derjenigen, die wir in die politische Verantwortung gewählt haben. Sie müssen sich denen in den Weg stellen, die in diesem Land immer mehr fordern und immer weniger an sozialer Verantwortung leisten wollen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich erinnere mich an einen Abend im Bundeskanzleramt, wo wichtige Persönlichkeiten sich zum Innovationsrat versammelt hatten. Es waren kaum zwei Minuten seit der Begrüßung vergangen, als der Vorstandsvorsitzende eines großen deutschen Konzerns, der in Sachen Standortverlagerung und Stellenabbau besonders aktiv war, von der Regierung größere Steuerfreiheiten für Risikokapital forderte. Solches Verhalten, Kolleginnen und Kollegen, gilt in unserem Land übrigens nicht als unanständig. Unanständig sind wohl nur die, die einen gerechten Lohn fordern und nicht mehr von der Politik als die Sicherung ihrer Lebensperspektive erwarten.

Kolleginnen und Kollegen, manchmal tut es schon weh, die Dreistigkeit von Wirtschaftsführern und die Hilflosigkeit von Politik miterleben zu müssen. (Beifall) Ich bin wirklich gespannt, wie lange führende Politikerinnen und Politiker eigentlich noch bereit sind, sich stets aufs Neue vorführen zu lassen.

Beispiele gibt es doch genug. Die so genannte Reichensteuer wird so lange interessengeleitet klein geredet, bis sie zur Karikatur verkommt, Kolleginnen und Kollegen. Auf die Ausbildungsplatzumlage wird politisch verzichtet, um sich dann in einem so genannten Ausbildungspakt von großen Teilen der Wirtschaft am Nasenring durch die Manege führen zu lassen. Denn was ist es anderes, wenn man einen Pakt zum Erfolg hochjubelt, der nicht mehr, sondern weniger Ausbildungsplätze produziert und der Jahr für Jahr Zehntausenden von Jugendlichen den direkten Weg von der Schule in die Arbeitslosigkeit weist? Kolleginnen und Kollegen, mildern konnten wir das nur dort, wo wir Arbeitgeber mit Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen rechtlich binden konnten.

Wollt ihr noch mehr Beispiele? - Gerne. Nehmen wir doch die aktuelle Steuerpolitik. Auf der einen Seite trifft die Erhöhung der Mehrwertsteuer vor allem die kleinen Leute, und zwar richtig hart, und auf der anderen Seite ist schon lange nicht mehr davon die Rede, dass die geplante Unternehmenssteuerreform aufkommensneutral sein soll.

Erinnern wir uns: Der Ausgangspunkt war der Job-Gipfel im März 2005. Damals war klar, dass es darum geht, die unterschiedliche Behandlung von Kapital- und Personengesellschaften aufzulösen und zwar aufkommensneutral. Aber offensichtlich hat der BDI eine so gute Lobbyarbeit geleistet, dass selbst der SPD-Parteitag vor wenigen Tagen Peer Steinbrück den Weg freigemacht hat, um erst am Sankt-Nimmerleins-Tag die Aufkommensneutralität zu erreichen.

Und was wir in punkto Gesundheitsreform befürchten müssen, konnten wir kurz vor Ostern in einem Interview mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, nachlesen: Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, Einführung der Kopfpauschale durch die Hintertür, ein allgemeiner Gesundheitsfonds und eine weitere Privilegierung von Privatversicherten. Man verspricht dort die Steuerfinanzierung der Krankenversicherung für Kinder und verschweigt, dass das für alle Kinder gelten soll - egal, ob die Eltern, die Mutter oder der Vater, privat oder gesetzlich versichert sind. Und so nimmt man eine der großen Möglichkeiten, um auch die gesetzliche Krankenkasse attraktiv zu machen, nämlich die Kindermitversicherung. Nein, nein, man will umverteilen. Die Besserverdienenden sollen noch besser gestellt werden, und der AOK-Mutter will man an den Kragen, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Die Zeche sollen die gesetzlich Versicherten zahlen, insbesondere die, die in den Kassen mit den so genannten schlechten Risiken versichert sind, also vor allem die AOKen und die Ersatzkassen. Ich will ausdrücklich davor warnen, eine solche Politik weiter zu verfolgen. Es gibt doch zu den oben geschilderten Plänen eine sinnvolle Alternative. Das ist die Bürgerversicherung; das ist das Ende der Selbstbedienungsmentalität der Anbieter; und das sind sinnvolle Strukturreformen im Gesundheitswesen, Kolleginnen und Kollegen. Und genau das fordern wir auch vor diesem Kongress. (Beifall)

Und deshalb sage ich: Wir, die deutschen Gewerkschaften, werden dem politischen Konflikt für eine gute Gesundheitsreform nicht ausweichen. Wir werden diesen Konflikt führen, wenn wir dazu gezwungen werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

In dieser wichtigen Frage hat die Regierung es in der Hand klarzustellen, dass sie sich nicht als eindeutiger Interessenwahrer von Kapitalinteressen versteht.

Es gibt ein zweites Politikfeld, an dem wir sehr konkret beurteilen können, wem sich die Große Koalition eigentlich verpflichtet fühlt. Ich meine das Thema Armutslöhne. Die Fakten sind bekannt, die Lösungsmöglichkeiten rauf und runter diskutiert. Jetzt ist die Politik gefordert zu handeln.

Ich verweise ausdrücklich auf unseren Initiativantrag zu Niedriglöhnen, den wir gestern beschlossen haben, und richte zusammenfassend unsere Forderungen direkt an die Gäste aus der Politik, die bei uns waren oder noch zu uns kommen werden.

Wir wollen die Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro. Wir wollen verbesserte Möglichkeiten zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Und wir fordern ferner, dass der unterste repräsentative tarifliche Lohn in jeder Branche allgemeinverbindlich erklärt wird und den gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten darf.

Kolleginnen und Kollegen, das ist zusammengefasst unsere Forderung. (Starker Beifall)

Weil ich das für eine zentrale Forderung unseres Kongresses halte - das habe ich ja gestern schon deutlich gemacht -, will ich noch einmal sagen: Wir müssen die Auseinandersetzung jetzt führen. Ich habe die Bundeskanzlerin auch gehört, genauso wie Ihr. Wenn sie sagt, 7,50 Euro seien mit ihr nicht drin, dann sagen wir: Reden wir doch mal über 7,55 Euro. Unter 7,50 Euro macht das Ganze wirklich keinen Sinn; denn wir wollen Armutslöhne in Deutschland abschaffen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Darüber hinaus geht es uns darum, mit dem Instrument von Kombilöhnen sehr behutsam umzugehen, um damit Brücken in die Arbeit zu schaffen, und nicht darum, dass Arbeitgeber

dauerhaft staatlich alimentiert werden, Kolleginnen und Kollegen. Das ist falsch, und das bleibt falsch! (Beifall)

Schließlich werde ich die Bundeskanzlerin so lange beim Wort nehmen, bis sie es einlöst: Wir brauchen wieder mehr sozial versicherte Arbeit in Deutschland, Kolleginnen und Kollegen. Zwei Millionen sozial versicherte Arbeitsplätze sind in Deutschland in den vergangenen Jahren zerstört worden. Der Trend muss umgekehrt werden, auch in dieser Frage, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Nun greife ich sehr bewusst ein Wort des Bundespräsidenten auf, der sagt: Arbeit muss Vorrang haben. Ich sage: Alles, was die Zerstörung sozial versicherter Arbeit bewirkt, muss fallen. Das wäre echte Vorfahrt für Arbeit, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Dabei geht es von der Eingrenzung des Missbrauchs der Ein-Euro-Jobs bis hin zur systematischen millionenfachen Vernichtung von sozial versicherter Arbeit durch Minijobs. Denn nicht die angebliche Überregulierung des Arbeitsmarktes ist Schuld, übrigens auch nicht die angeblich viel zu hohen Lohnnebenkosten. Schuld ist schlicht und ergreifend die Tatsache, dass Anfang dieses Jahrtausends die informelle Große Koalition von rot-grüner Bundestags- und schwarzgelber Bundesratsmehrheit sich darin einig war, prekäre Beschäftigung zu fördern. Das ist passiert. Sie haben mit ihrer Gesetzgebung prekäre Beschäftigung gefördert, und nun steht die real existierende Große Koalition vor den Scherben ihres eigenen Tuns, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Die Beseitigung des Niedriglohnsektors steht auf der Tagesordnung und nicht seine Zementierung oder Ausdehnung. Im Interesse der betroffenen Millionen Arbeitnehmer warne ich die Politik auch davor, auf Zeit zu spielen. Wir brauchen noch in diesem Jahr eine Lösung, und zwar eine gute, und wir brauchen den politischen Mumm, damit uns nicht Gleiches widerfährt wie bei der Ausbildungsplatzumlage, Kolleginnen und Kollegen. Da sind einige als freier Braunbär eingewandert, um dann anschließend im Berliner Zoo zu landen, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Delegierte! Von einem Referat des Vorsitzenden nach seiner Wahl wird vieles, meist auch Unterschiedliches erwartet. Einerseits soll er zu allem etwas sagen, andererseits soll er Schwerpunkte skizzieren, und viele Delegierte wollen, übrigens zu Recht, dass der Vorsitzende zwar Position bezieht, aber nicht versucht, die Antragsberatung zu präjudizieren. Das kann ich ja auch nur zum Teil; denn wir haben das Referat aus gutem Grund auf heute Morgen verlegt.

Ich will auch betonen, dass ich dieses Referat, auch wenn es zeitlich später gerückt ist, nicht als Schlusswort für diesen Kongress verstehe. Ich lade ausdrücklich zur Diskussion ein. Ich lade dazu ein, dass wir darüber diskutieren, welchen Weg wir in den nächsten Jahren gehen. Und ich lade dazu ein, hier miteinander zu reden. (Vereinzelt Beifall) Denn es ist schon bedrückend - das sage ich jetzt einmal sehr persönlich -, dass man freundlich und respektvoll miteinander umgeht, ich dann aber in den Medien lesen muss, was ich alles falsch mache. Kolleginnen und Kollegen! Das geht so nicht; ich sage das eindeutig. (Beifall) Irgendwann muss das auch ein Ende haben. Wenn wir uns etwas zu sagen haben, dann sollten wir das hier tun, dann sollten wir das offen tun, und dann sollten wir das so tun, dass es zielgerichtet ist, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Auch ein DGB-Vorsitzender hat eine Würde. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Was die deutsche Gewerkschaftsbewegung will und welche Ziele sie sich setzt, darüber entscheidet Ihr. Deshalb will ich mich bewusst auf wenige Themen beschränken.

Als wir im März 2005 in Brüssel unsere erste Demonstration gegen die Bolkestein-Richtlinie hatten, habe ich den Demonstranten aus ganz Europa zugerufen: "Europa wird sozial sein oder es wird nicht sein!" Ich habe Recht behalten, und ich werde Recht behalten, Kolleginnen und Kollegen. Europa wird sozial sein oder es wird nicht sein. Das müssen alle wissen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Ein Europa der Konzerne wird von den Menschen abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil sie es nicht als Fortschritt, sondern als Bedrohung empfinden. Übrigens völlig zu Recht, Kolleginnen und Kollegen, das Europa der Konzerne ist eine Bedrohung für die arbeitenden Menschen und sonst nichts. (Beifall)

Wir haben immer deutlich gemacht: Wir bekennen uns schon aus friedenspolitischen Gründen zur Idee eines gemeinsamen Europas. Unsere Urgroßmütter und Ur-großväter haben sich schon zur Idee der internationalen Solidarität bekannt, als die deutsche Industrie dem Kaiser ihre Kriegsziele diktierte. Da ging es nämlich um die Ausbeutung der Nachbarländer und die Unterjochung der arbeitenden Menschen, Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen in Sachen Europa von niemandem Nachhilfeunterricht. (Beifall)

So richtig weiter gekommen sind wir in Sachen Europa allerdings nicht. Das Projekt der europäischen Verfassung à la Giscard d'Estaing ist gescheitert, auch wenn die Bundeskanzlerin das nicht wahrhaben will. Nie und nimmer wird eine europäische Verfassung so, wie sie heute aussieht, von allen EU-Mitgliedsstaaten angenommen werden. Den einen ist sie zu unsozial und den anderen zu wenig marktradikal.

Wir hatten gehofft, dass der politische Kompromiss der europäischen Eliten, wie er sich in dem heutigen Verfassungsentwurf widerspiegelt, von den Mehrheiten akzeptiert wird. Diese Hoffnung hat nicht getragen. Und letztlich können wir froh darüber sein, dass der jetzige Verfassungsprozess nicht an den Marktradikalen und Nationalisten, sondern an denjenigen gescheitert ist, die ein soziales Europa wollen, weil dies unsere Ausgangsposition für einen neuen Anlauf verbessert, Kolleginnen und Kollegen.

Wenn der Europäische Rat und die Europäische Kommission Europa voran bringen wollen, dann werden sie es nicht mit noch mehr Bürokratie, noch mehr Deregulierung und schon gar nicht mit Sozial- und Steuerdumping schaffen. Auch eine noch steilere Lohnabwärtsspirale kann die Probleme nicht lösen. Den Wettlauf um die niedrigsten Löhne können wir nicht gewinnen, und wir wollen ihn übrigens auch nicht gewinnen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Gefordert ist eine harmonisierte europäische Wirtschaftspolitik, die tatsächlich hilft, neue Beschäftigung zu schaffen. Forschung und Entwicklung müssen in Europa voran gebracht werden, junge Menschen brauchen überall eine Chance auf Ausbildung, und wir lehnen das Zerrbild eines europäischen Wanderarbeiters ab, der stets aufs Neue geheuert und gefeuert werden kann, Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht unser Weltbild.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich als sozialer Motor Europas versteht und konkrete Projekte voran bringt. Das allgemeine Beschwören von Lissabon-Prozessen hilft niemandem weiter. Wenn die Regierung ihre Präsidentschaft so versteht, wie sie sich zum Schluss in die Debatte um eine europäische Dienstleistungsrichtlinie eingebracht hat, dann wären wir jedenfalls ein großes Stück weiter.

Ich schlage zum Beispiel vor, die nächsten Jahre zu nutzen, Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in Europa wesentlich mehr Raum zu geben, die Rechte der europäischen Betriebsräte zu stärken, die deutsche Unternehmensmitbestimmung als Vorbild für Europa zu sichern und auszubauen und bei arbeits- und sozialrechtlichen Richtlinien-

Entwürfen auf das unsägliche britische Opt-Out zu verzichten, Kolleginnen und Kollegen. Im Übrigen hat ja auch John Monks noch einiges zur künftigen Politik des EGB zu sagen gehabt. Ich verweise darauf ausdrücklich.

Was ich allerdings herausstreichen will, ist, dass wir zur politischen Belebung der Idee eines sozialen Europas, eines sozial regulierten Binnenmarktes von 350 Millionen Menschen, den Verfassungsprozess wiederbeleben müssen. Ja, wir müssen ihn wiederbeleben. Das geht nicht, indem man die Holländer und die Franzosen so lange abstimmen lässt, bis die Mehrheiten stimmen; denn das wird nicht passieren. Wir müssen noch einmal von vorne anfangen, wobei wir durchaus an die von uns mit erarbeitete Grundrechtecharta anknüpfen können.

Ich bin überzeugt, dass nur ein von den Wählerinnen und Wählern Europas legitimes Parlament in der Lage ist, mit einer neuen Autorität einen neuen Verfassungsentwurf zu erarbeiten, um ihn dann in einer europäischen Volksabstimmung in Kraft zu setzen. Das heißt konkret: Wir sollten die Europawahl im Jahr 2009 zugleich als Wahl zu einer Verfassung gebenden Versammlung organisieren, Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass dann die Wahlbeteiligung wesentlich gesteigert werden könnte; denn dann wissen die Menschen endlich, warum sie bei der Europawahl wirklich zur Wahl gehen sollen. Und mit Verlaub: Wahlbeteiligungen von unter 50 Prozent sind auf Dauer auch nicht ausreichend als Legitimationsbasis für eine europäische Volksvertretung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich weiß, dass dieser Vorschlag, nämlich das Europäische Parlament ab dem Jahr 2009 als Verfassung gebende Versammlung zu werten, neu ist, dass er von noch niemandem unterbreitet wurde. Aber ich weiß auch, dass die europäischen Parlamentarier gut daran täten, ihrerseits den Ball aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Verfassungsdebatte wieder voran kommt, statt darauf zu starren, was denn in den einzelnen Mitgliedsländern passiert, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Liebe Delegierte! Dieser Kongress hat als gewerkschaftliche Leitorientierung den Antrag B 001 "Die Würde des Menschen ist unser Maßstab" beschlossen.

In ihm formulieren wir auch unsere Anforderungen an einen modernen Sozialstaat. In unserem Grundsatzprogramm von 1996 haben wir unser Verständnis von einem modernen Sozialstaat definiert. Zu ihm gehören Tarifautonomie und Mitbestimmung, und das muss so bleiben. Sie sind konstruktiver Bestandteil des Sozialstaates!

Für uns gehört zu einem Sozialstaat auch ein starker öffentlicher Dienst. Da haben wir leider in den vergangenen zehn Jahren manche Privatisierung schlucken müssen. Dort sind wir nicht weitergekommen. Eher das Gegenteil ist der Fall.

Und natürlich brauchen wir solidarisch finanzierte, gut funktionierende soziale Sicherungssysteme. Wir haben aber auch erkannt, dass unsere Vorstellungen eines modernen Sozialstaats verbreitert werden müssen. Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen in diesem Land ausgegrenzt werden, dass das Bildungsprivileg nicht gebrochen ist, dass Sozialhilfe-Karrieren sich mittlerweile über Generationen hinweg erstrecken, müssen wir endlich mehr investieren, um solche Zustände zu beseitigen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Einige Leute nennen das vorsorgenden Sozialstaat, um sich zugleich vom so genannten nachsorgenden Sozialstaat zu verabschieden. Genau deshalb werde ich den Begriff des vorsorgenden Sozialstaates nicht übernehmen. Wir brauchen beides: Wir brauchen einen Sozialstaat, der vorsorgt, und wir brauchen einen Sozialstaat, der hilft, wenn sozial Schwache der Solidarität bedürfen. Wir brauchen wirklich beides. (Beifall)

Einig sind wir uns allerdings darin, dass wir der Idee eines schwachen Staates nicht anhängen. Die Parole "neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit", ist nicht nur intellektueller Nonsens, sondern auch der Versuch der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, ihr Streben nach weniger Staat programmatisch zu überhöhen. Oder, um es mit einem sehr bekannten CDA-ler zu sagen: Das ist so, als wenn man fordern würde: neue Butter durch mehr Milch. (Heiterkeit)

Wenn wir allerdings einen Staat wollen, der handlungsfähig ist, der sozial reguliert und wesentlich mehr Geld für Bildung und soziale Integration aufwendet, dann müssen wir dem Staat auch geben, was des Staates ist. Er muss selbstständig in der Lage sein, seine Aufgaben im Interesse seiner Bürger zu erfüllen.

Wir haben doch nicht Staat und Kirche getrennt, um nun den Staat abhängig zu machen von steuerlich absetzbaren Spenden der Wirtschaft. Deswegen braucht der Staat verlässlich mehr Einnahmen, nicht nur ab und zu, wenn es dem einen oder anderen mal gefällt. (Beifall)

Und er braucht die Einnahmen von jenen, die mehr haben und die mehr geben können als die kleinen Leute mit ihren niedrigen Löhnen und kleinen Renten. Die Belastungsgrenze der kleinen Leute ist doch schon lange überschritten: Bei Konsumsteuern und Abgaben, und die Zahlungen diverser Art will ich nicht vergessen. Das alles belastet die kleinen Leute.

Ich hoffe sehr, dass wir gemeinsam ein Signal von diesem Kongress aussenden für eine vernünftige Finanzarchitektur des Sozialstaates. Dazu gehört für mich eine wesentlich höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und Besitz, eine wesentliche Anhebung der tatsächlichen Steuerzahlungen der Unternehmen. Dazu gehört eine ernsthafte Bekämpfung der Steuerflucht und des Steuerbetrugs. Es ist kontraproduktiv, wenn man die Zahl der steuerlichen Betriebsprüfer drastisch reduziert und damit milliardenfacher Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnet. Das ist das, was wir derzeit erleben. (Beifall)

Ich will als Merksatz zusammenfassen: Wir brauchen mehr, nicht weniger Sozialstaat, und an dessen Finanzierung müssen sich die Reichen und Besitzenden wesentlich stärker beteiligen als heute. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Teil meines Referates will ich einige Bemerkungen zu uns selbst machen. In schwierigen Zeiten halte ich es für ganz normal, dass es zwischen uns Diskussionen gibt, dass wir nicht sofort einer Meinung sind, dass wir um den richtigen Weg ringen. Ich halte es auch nicht für einen Nachteil, dass wir diese Diskussion offen führen. Ob sie immer öffentlich geführt werden muss, das wage ich allerdings zu bezweifeln.

Allerdings sollten wir öffentlich auch nicht so tun, als seien wir ein monolithischer Block, der gleichsam nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam funktioniert. Das sind die Gewerkschaften nicht. Die Gewerkschaften sind diskussionsfreudige Organisationen, die letztendlich dazu da sind, um die richtige Position zu ringen und dann gemeinsam für deren Durchsetzung zu kämpfen, Kolleginnen und Kollegen. Das muss man so lange tun, wie es notwendig ist. (Beifall)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir wissen es doch alle: Es gibt unterschiedliche Auffassungen unter uns. Die Beispiele kennt jeder, von unserem Vorgehen bei der Agenda 2010 bis aktuell zur Debatte um den gesetzlichen Mindestlohn. Ich bleibe dabei: Es ist nicht unehrenhaft, sondern es ehrt uns, dass es unterschiedliche Positionen bei uns gibt und wir sie miteinander diskutieren.

Wir sollten jedoch alles daran setzen, nach langer und ausführlicher Diskussion irgendwann zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Dort, wo das partout nicht gelingen will, weil die Ausgangs- oder Interessenlage zu unterschiedlich ist, gilt der alte demokratische Grundsatz, dass Minderheiten toleriert und geachtet, Mehrheiten aber respektiert werden müssen, Kolleginnen und Kollegen.

Im Übrigen sollte die eine oder andere Differenz nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns weitgehend einig sind - sowohl im Ziel als auch im Weg. Ich weiß sehr wohl, wie Medien, Arbeitgeber oder Teile der Politik nur darauf warten, uns auseinanderdividieren zu können. Und Ihr wisst das auch.

Deshalb ist und bleibt es Aufgabe des DGB, die inhaltlichen Verständigungsprozesse anzustoßen und zu moderieren, um dann, wenn es eine Entscheidung gibt, umso wirkungsvoller der gesellschaftspolitische Arm der Gewerkschaften sein zu können.

Dabei will ich daran erinnern: Der Dachverband, der Bund, kann nur so stark sein, wie seine Mitgliedsgewerkschaften tarifpolitisch und betriebspolitisch stark sind. Das ist unsere Basis für die Arbeit des DGB. (Beifall)

Und diese Basis hängt wiederum ganz entscheidend von unserer Stärke im Betrieb und in den Verwaltungen ab und hat auch sehr viel mit Mitgliederstärke zu tun. Deswegen - Ihr habt es sicherlich auch von mir erwartet - sage ich: Wir brauchen eine Trendwende in der Mitgliederentwicklung, und wir brauchen gemeinsame Projekte, von denen alle Gewerkschaften einen Nutzen haben, Kolleginnen und Kollegen.

Vielfach wird an uns der Vorwurf herangetragen, wir seien die Organisation der Arbeitsplatzbesitzer und würden die Interessen der Erwerbslosen in unserer Arbeit nicht genügend berücksichtigen.

Dazu stelle ich fest: Um Solidarität geben zu können, muss man stark sein. Ausgangspunkt unserer Stärke ist und bleibt unsere Organisationskraft, die Zahl derer, die Monat für Monat mit ihrer Beitragszahlung die Gewerkschaftsarbeit erst ermöglichen. Unsere Stärke ist, dass wir beides vertreten - ich betone: dass wir beides vertreten -, die Interessen der arbeitenden Menschen, aber auch derer, die arbeiten wollen. Deswegen werden wir uns auch mit der Massenarbeitslosigkeit nicht abfinden. Und wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Es gibt den Interessengegensatz zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen nicht. Ich sage das ausdrücklich. Der Gegensatz besteht immer noch zwischen Arbeit und Kapital! (Beifall)

Und deswegen gehört der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in den Betrieben genauso auf unsere Tagesordnung wie der Kampf für gerechte Löhne, aber auch für eine faire Behandlung von Arbeitslosen. Nur - unsere Rolle beschränkt sich weder auf die reine Lohnmaschine noch sind wir Ersatz-Sozialverband oder irgendeine Nicht-Regierungs-Organisation.

Wir sind und wir bleiben die Interessenvertretung von arbeitenden Menschen. Als solche suchen wir nach gesellschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit. Natürlich brauchen wir dazu verlässliche Bündnispartner innerhalb und außerhalb der Parlamente. Wir dürfen uns nie darauf beschränken, nur die bessere Meinung haben zu wollen, sondern unsere Mitglieder zahlen unter anderem Beitrag, weil sie von uns die Wahrnehmung und auch die Durchsetzung ihrer Interessen erwarten. Zu Recht!

Genau an diesem Maßstab richten wir auch unser Verhältnis zu den demokratischen Parteien aus. Das ist der alleinige Maßstab. Das machen wir parteipolitisch unabhängig und weltan-

schaulich neutral. Denn dieser Lehrsatz der Einheitsgewerkschaft, parteipolitisch unabhängig und weltanschaulich neutral, gestattet uns beides: Kritisieren, wo es Not tut, und kooperieren dort, wo es sinnvoll ist, Kolleginnen und Kollegen.

Zum Thema Trendwende ist auf diesem Kongress schon einiges gesagt worden. Sie zu erreichen, ist die zentrale organisationspolitische Aufgabe für die nächsten vier Jahre. Aber Organisationspolitik kann inhaltliche Politik nicht ersetzen. Und wenn wir über neue Mitglieder reden, dann müssen wir vor allem auch daran denken, dass wir nicht nur im politischen Sinne Einheitsgewerkschaft sind.

Wir sind auch die Einheitsgewerkschaft von jung und alt, von Arbeitern, Angestellten und Beamten, von Männern und Frauen.

An dieser Stelle lasst mich noch eines sagen: Ich bin überzeugt, relevante Mitgliedererfolge bei Frauen werden wir nur dann erreichen, wenn wir uns wirklich zum Anwalt ihrer Interessen machen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Denn mit der berühmten Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es ja in Wahrheit nicht weit her.

Kinder sind in Deutschland immer noch ein Armutsrisiko, und immer noch meinen viel zu viele in diesem Land, man könne Frauen dann, wenn sie Kinder bekommen, aufs Abstellgleis abschieben oder ihnen bestenfalls die Rolle der Zuverdienerin zugestehen. Ich fordere uns alle auf, gemeinsam gegen diesen gesellschaftlichen Missstand weiter vorzugehen. (Beifall)

Ich jedenfalls werde mich weiter dafür engagieren, dass der DGB in Sachen Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf die Speerspitze der Bewegung bleibt.

Im Übrigen: Wir haben es erst dann geschafft, wenn nicht mehr nur die Frauen, sondern auch jeder Mann gefragt wird oder sich fragen lassen muss, wie er Kindererziehung oder häusliche Pflege mit seinen beruflichen Verpflichtungen oder seiner Karriere in Übereinstimmung bringen will, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das war sozusagen mein Wort zum Vatertag. (Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu unserem Selbstverständnis gehört auch, dass wir uns für Demokratie und Freiheit engagieren. Und dies überall auf der Welt. Zu allererst aber sind wir in unserem eigenen Land gefordert.

Wir sind und wir bleiben an herausragender Stelle aktiv im Kampf gegen Rechts, Kolleginnen und Kollegen. Auch das ist eine Botschaft dieses Kongresses. (Beifall) Der braune Sumpf darf in unserem Land nirgendwo eine Chance haben.

Und wir setzen uns energisch dafür ein, die Integration der Einwanderinnen und Einwanderer in unser Land zu verwirklichen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei unserer Gewerkschaftsjugend, die in diesem Kampf gegen Rechts tagtäglich ihre Frau und ihren Mann steht. Die haben unseren Beifall verdient. (Beifall) Ich rufe unseren jungen Kolleginnen und Kollegen zu: Für Euer Engagement bekommt Ihr alle Unterstützung, die Ihr braucht. Das verspreche ich Euch. (Beifall)

Zum Schluss: Bei alledem, was man über uns sagt, will ich selbstbewusst feststellen: Trotz der Mitgliederverluste, die wir hatten, sind in den Gewerkschaften drei Mal mehr Menschen organisiert als in allen Parteien zusammen. Das sollte niemand vergessen. (Beifall) Wir sind immer noch das Stärkste, was die Schwachen haben.

Das verdanken wir nicht zuletzt dem hunderttausendfachen Einsatz unserer ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Ohne sie, ohne unsere Ehrenamtlichen, hätten wir niemals die Stärke, die wir haben. Die Basis für ihr Engagement zu erhalten und auszubauen, auch das ist eine wichtige Aufgabe unserer Organisationspolitik. Wer Flächendeckung will, muss die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht nur würdigen, sondern muss ihre Arbeitsmöglichkeiten verbessern, Kolleginnen und Kollegen. Das gilt übrigens auch für die Hauptamtlichen.

Liebe Delegierte! Ein letztes Wort. Ich weiß, es ist schwer. Trotzdem: Wir dürfen uns niemals zum Spielball eines neokonservativen Zeitgeistes machen lassen. Wer sich bei der anderen Seite anbietet, der hat schon verloren. Denen können wir es nie Recht machen, und wir wollen es übrigens auch nicht.

Zeitgeister verändern ihre Gestalt wie die Mode. Und dass man einen Zeitgeist auch drehen kann, beweist die Tatsache, dass wir mit unserer Forderung nach Achtung der Menschenwürde durchaus Wirkung erzielt haben.

Merke: Man kann den Zeitgeist drehen. Man muss es nur wollen. (Starker, anhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich von den Plätzen)

### **Belinda Brechbilder (Delegierte des DGB-Bezirktes Bayern und scheinbar die einzige erwerbslose Delegierte)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Michael Sommer! Der Fernsehsender Phoenix berichtete am 16. 12. 2004 vom Klassenkampf und dem Krieg gegen die Gewerkschaften. Der ehemalige Arbeitgeberboss Rogowski war darin so offen wie noch nie. Zitat: "Am 9. November 1989 haben wir mit der Maueröffnung auch die Abrissbirne gegen den Sozialstaat in Stellung gebracht. Hartz V bis VIII werden demnächst folgen. Es ist ein Klassenkampf, und es ist gut so, dass der Gegner auf der anderen Seite kaum noch wahrzunehmen ist."

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum noch wahrzunehmen ist? Seit 1991 hat der DGB 5 Millionen Mitglieder verloren. 5 Millionen - diese Zahl kommt mir irgendwie bekannt vor. 5 Millionen - ach ja, 5 Millionen Menschen sind in unserem Land ohne Arbeit. Kann man diese beiden Zahlen in Zusammenhang bringen? Ich sage ja. Denn viele erwerbslose Mitglieder haben uns enttäuscht den Rücken gekehrt.

Hier auf dem Kongress wird die Trendwende propagiert. Da draußen steht eine Litfasssäule, und die Kolleginnen und Kollegen können sich dort zur Trendwende äußern. Da finden sich viele verschiedene Vorstellungen zum Thema Trend.

Ich sage Euch etwas: Ich weiß nicht, was Trend ist, und ich will es auch gar nicht wissen. Aber ich will, dass die erwerbslosen Menschen in unserem Land in Würde leben können. (Beifall) Schluss mit den Schmarotzerdebatten und mit Schuldzuweisungen in Richtung der Erwerbslosen.

Die Hartz-Gesetze sind nicht gottgegeben. Sie wurden von Menschen gemacht, von Politikern aus Parteien. Und welche Parteien es waren, wisst Ihr selbst. Einige von Euch müssen da nur mal in ihre Parteibücher gucken. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke nicht, dass ich jetzt Karl Marx und die elenden Massen bemühen muss. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus, erwünschter hoher Arbeitslosigkeit und billigen Arbeitskräften dürfte jedem klar sein.

Je mehr es von uns Erwerbslosen gibt und je schlechter man uns behandelt, umso eher sind die, die noch Arbeit haben, bereit, um jeden Preis zu arbeiten. (Beifall)

Die Hartz-Reform zeigt, wie untrennbar Arbeitnehmerrechte und die Rechte von Erwerbslosen miteinander verbunden sind. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Senioren, ich bitte ausdrücklich Euch: Setzt Euch für die Rechte von Erwerbslosen ein! Alle Verbesserungen, die Ihr für uns in Jahrzehnten hart erkämpft habt - und ich möchte mich an dieser Stelle mal dafür bedanken -, (Beifall) sind in Gefahr. Auch Eure Renten sind in Gefahr. Denn Erwerbslose, die in Ein-Euro-Jobs oder dubiose Qualifizierungsmaßnahmen gesteckt werden, um die Statistiken zu schönen, füllen keine Kassen. Wir brauchen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Und Ihr, Ihr Jugendvertreter, setzt Euch für die Rechte von Erwerbslosen ein! Denn damit setzt Ihr Euch für Euch ein. Ich denke nicht nur an Eure arbeitsplatzsuchenden Kolleginnen und Kollegen, sondern auch an Eure Zukunft und an Eure zukünftigen Arbeitsbedingungen.

Ganz besonders möchte ich die Kolleginnen ansprechen. Ihr wisst alle: Frauen sind in besonderem Maße durch die Einführung des Arbeitslosengelds II betroffen worden. Nicht nur dass sie jetzt wieder vom Partnereinkommen abhängig sind, Frauen haben es auch aufgrund ihrer Biologie schwerer, einen Arbeitsplatz zu suchen, und Wiedereinsteigerinnen macht man es auch nicht leicht. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Bundesvorstand, lieber Kollege Michael Sommer, belass es bitte nicht bei Lippenbekenntnissen. Du hast mehrmals die Problematik der Erwerbslosen angesprochen, und ich bin Dir dankbar dafür. Aber setzt bitte hier auf diesem Kongress ein Zeichen nach drinnen und draußen! Startet die größte Rückholaktion aller Zeiten! Setzt Euch in Wort und Tat für die erwerbslosen Kolleginnen und Kollegen ein! Sorgt dafür, dass sie mehr Geld haben und auch ihre Beiträge bezahlen können! Setzt Euch gemeinsam ein gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, für mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität! - Danke. (Beifall)